

Bürgergeld – ein Hebel zur Erpressung der Beschäftigten?

Robert Ulmer, 21.10.2009

Die FDP will mit dem Bürgergeld aktivierende Anreize setzen. Es soll sich mehr als bisher lohnen, mit eigener Erwerbsarbeit Geld zu verdienen. Mit großer Geste loben die FDP-Politiker im Wahlkampf die Fleißigen, die täglich früh aufstehen und anstrengende Arbeit verrichten, die sich auch für die weniger schönen Arbeiten nicht zu schade sind. Und welch ein Skandal es doch sei, so klagt die FDP in aller Schärfe, dass die Fleißigen dafür oft ein Nettoeinkommen erhalten, das kaum höher ist als das Transfereinkommen der Arbeitslosen, auch jener Arbeitslosen, die sich überhaupt nicht um Arbeit bemühen und sich in der Arbeitslosigkeit offenbar eingerichtet haben. Mit dem Hinweis auf den zu geringen Einkommensunterschied zwischen den Beschäftigten und den Erwerbslosen fordert die FDP einerseits verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten, andererseits mehr Druck auf Arbeitslose. Erwerbsarbeit soll sich lohnen, vor allem aber soll sich die Arbeitslosigkeit nicht lohnen. Arbeitslosigkeit soll eine schlechte Situation bleiben. Eine nötige Situation – Erwerbslose sollen zum Hinzuverdienst genötigt sein – und eine abschreckende Situation – Beschäftigte sollen nicht auf die Idee kommen, zu hohe Ansprüche zu stellen. Das von der FDP angestrebte Bürgergeld erfüllt keines der vier Kriterien für ein bedingungsloses Grundeinkommen auch nur ansatzweise, will dies auch nicht. Es ist eine Fortsetzung der Sozialpolitik der Abschreckung, eine Fortsetzung der Androhung von Sanktionen, also der Androhung, das Existenzminimum zu kürzen.

Diese Drohkulisse treibt die Leute bereits heute scharenweise in unattraktive Niedriglohnjobs. Und hier würde das einzige Plus des FDP-Bürgergeldes wirken, nämlich die Möglichkeit, von einem geringen Hinzuverdienst mehr zu behalten als bei Hartz IV. Und mehr als einen geringen Hinzuverdienst werden viele der Beschäftigten aufgrund ihrer schlechten Verhandlungsposition auch nicht zu erwarten haben. So verschlechtert das FDP-Bürgergeld nicht nur die Situation der Erwerbslosen, sondern auch die Situation vieler Beschäftigter, auch die Situation vieler von ihr so eifrig gelobten „Fleißigen“. Schon Hartz IV hat die Konzessionsbereitschaft der Arbeitssuchenden und der Beschäftigten messbar

erhöht, also die Bereitschaft, bei der Qualität der Arbeit, bei den Arbeitsbedingungen und bei der Lohnhöhe Abstriche zu machen. Das Bürgergeld würde diese Bereitschaft weiter erhöhen, würde die Leute noch gefügiger machen. Die Unterbietungskonkurrenz würde verschärft, wenn der Arbeitsmarkt überschwemmt wird von Arbeitsbereiten, die sich zu der Auffassung gedrängt fühlen, jeder Job sei besser als keiner. Immer billiger und immer williger werden sie zu jeder und sei es noch so unsinnigen Arbeit antreten. Aktivierung durch Druck, einer der Leitgedanken des von Rot-Grün eingeführten SGB II (Hartz IV), findet im Bürgergeld-Modell der FDP seine konsequente Fortsetzung. Das Bürgergeld würde „Beschäftigung schaffen“, sicher, aber die Möglichkeiten, ein selbst bestimmtes und glückliches Leben zu führen, würde es weiter reduzieren. Mehr Freiheit? Leider nicht.

Robert Ulmer ist Mitglied der Redaktion der Website www.grundeinkommen.de.